



Alternativantrag

der Abgeordneten des SSW

zu „Die Europäische Kommission auffordern, die Minority Safepack Initiative umzusetzen“ (Drucksache 19/2729)

Die Europäische Kommission auffordern, ihre Entscheidung gegen die Minority SafePack Initiative (MSPI) zu revidieren und zielführende Maßnahmen zu deren Gunsten umzusetzen

Der Landtag wolle beschließen:

Der Schleswig-Holsteinische Landtag bekundet seine Enttäuschung und seine Missbilligung hinsichtlich der Entscheidung der Europäischen Kommission, in Hinblick auf die „Minority SafePack Initiative“ (MSPI) keine neuen politischen Maßnahmen oder Gesetzesverfahren einleiten zu wollen.

Er stellt fest, dass die Kommission damit nicht nur eine erfolgreiche Europäische Bürgerinitiative, der über 1,1 Millionen EU-Bürgerinnen und Bürger zugestimmt haben, abweist, sondern auch den Willen einer $\frac{3}{4}$ -Mehrheit des Europäischen Parlaments sowie die Belange von rund 50 Millionen EU-Bürgerinnen und -bürgern, die einer nationalen Minderheit oder Volksgruppe angehören, ignoriert, wodurch ein bedenkliches Demokratieverständnis offenbart wird.

Der Landtag bedauert, dass die Europäische Kommission damit bewusst die Möglichkeit und die Notwendigkeit negiert, endlich verbindliche minderheitenrechtliche Standards auch auf EU-Ebene zu setzen.

Angesichts dessen fordert der Landtag die Landesregierung daher auf,

- ihre Missbilligung über die Entscheidung der Europäischen Kommission vom 15. Januar, keine gesetzlichen Regelungen in Bezug auf die Bürgerinitiative MSPI erfolgen zu lassen, auszudrücken,

- der Europäischen Kommission den Vorschlag eines Priorisierungsverfahrens zur Umsetzung der in der MSPI gelisteten Anliegen zu unterbreiten, um sich der Erfüllung in Einzelschritten zu nähern; dabei sollten insbesondere der Einrichtung eines europäischen Zentrums für Sprachenvielfalt und der grenzüberschreitenden Barrierefreiheit im Konsum audiovisueller Medien (übergreifendes Urheberrechtsgesetz/ Geoblocking) eine hohe Priorität eingeräumt werden,
- von der Europäischen Kommission zu fordern, dass in Zukunft ein Kommissar auch für Minderheitenpolitik zuständig ist,
- sich bei der Bundesregierung dafür einzusetzen, dass diese ihrerseits der Kommission ihre diesbezügliche Kritik übermittelt und diese zu weiterem Handeln zugunsten der Anliegen der MSPI auffordert,
- die Bundesregierung zudem zu ersuchen, weiterhin jede sachdienliche Initiative zu ergreifen, um den Minderheitenschutz zu einer europäischen Angelegenheit zu machen, und aktiv durch bi-/multilaterale Abkommen und andere diplomatische Bemühungen zur Stärkung der Minderheitenrechte in anderen Mitgliedstaaten beizutragen,
- das seit Langem von den Minderheiten vorgebrachte Anliegen, den Minderheitenschutz im Grundgesetz zu verankern, weiter zu unterstützen.

Begründung:

Am 15. Januar 2021 hat die Europäische Kommission Stellung zu den Forderungen der erfolgreichen Europäischen Bürgerinitiative „Minority SafePack“ (MSPI) bezogen (C(2021) 171 final). Die Kommission kommt in allen neun Punkten zu dem Schluss, dass sie mit keinen neuen Rechtsvorschriften und Maßnahmen auf die Bürgerinitiative reagieren wird. Ein Engagement zugunsten der MSPI erachtet sie als nicht notwendig, wobei die in den Begründungen angeführten Argumente und Verweise in vielen Bereichen nur mangelhaft auf die konkreten Anliegen eingehen und daher weder relevant noch stichhaltig sind.

Obwohl also das Motto der Europäischen Union „In Vielfalt geeint“ lautet und der Schutz der Angehörigen von Minderheiten einer ihrer Grundwerte darstellt, hat sich die Kommission verweigert, zielführende Maßnahmen zum Schutz und zur Förderung der genannten Werte zu ergreifen. Etwa 50 Millionen EU-Bürgerinnen und -bürger – und damit jede/r siebte – gehören einer nationalen Minderheit oder Volksgruppe an. Neben den 23 Amtssprachen werden 60 Regional- oder Minderheitensprachen gesprochen. Die autochthonen Minderheiten und Volksgruppen sind Brückenbauer in Europa und leisten einen wichtigen Beitrag für gegenseitiges Verständnis und Frieden in Europa. Dies können sie aber nur, wenn ihre Rechte anerkannt und durchgesetzt werden und ihr Schutz und ihre Förderung in jedem einzelnen Staat gewährleistet ist. Tatsächlich ist die Situation von vielen Minderheiten in europäischen Staaten bis heute leider eine andere. Mitten in Europa haben Minderheiten weiterhin mit Diskriminierung und Ausgrenzung zu kämpfen.

Die Minority SafePack Initiative fordert daher, die nationalen Minderheiten und Volksgruppen in der EU zu fördern und die sprachliche und kulturelle Vielfalt in Europa zu gewährleisten und zu schützen. Dabei geht es um Minderheitensprachen, Förderprogramme, Bildung und Kultur, Regionalpolitik, Beteiligung an der Gesellschaft, Gleichheit und um Zugang zu Medien. Die Initiative erhielt die

Unterstützung von mehr als 1,1 Millionen EU-Bürgerinnen und -bürgern per Unterschrift sowie die Unterstützung mehrerer Regionalparlamente, nationaler Parlamente und schließlich auch des Europäischen Parlaments, das sich Mitte Dezember 2020 mit mehr als 75 Prozent aller Abgeordneten klar für die Umsetzung der in der MSPI genannten Anliegen ausgesprochen hat.

Landtag und Landesregierung haben die Initiative von Anfang an aktiv unterstützt und sind aufgefordert, dies auch weiterhin zu tun.

Jette Waldinger-Thiering
und die Abgeordneten des SSW